

„Die Einführung des CPE ist eine ideologische Offensive“

Ein Interview mit Ségolène Royal

Jeannette Villachica*

Ségolène Royal ist die große Aufsteigerin der französischen Politik. Obwohl sie „nur“ Präsidentin der Region Poitou-Charentes ist und kein Parteiamt innehat, ist Royal die beliebteste Anwärterin aufs Präsidentenamt. Laut einer repräsentativen Umfrage von Mitte Januar würden 59 Prozent der Franzosen Royal vielleicht oder sicher wählen, wenn sie Kandidatin des Parti Socialiste (PS) würde. Die Kandidaten werden im September nominiert, im November gewählt und im April 2007 finden die Präsidentschaftswahlen statt. Für die Franzosen steht Royal als vierfache Mutter, die immer berufstätig war und trotz ihrer traditionellen Werte häufig durch unkonventionelles Denken auffiel, für Veränderung. Zwischen 1992 und 2002 war sie nacheinander Umwelt-, Schul- und Familienministerin – Themen, die die Franzosen heute Umfragen zufolge weit mehr beschäftigen als die Wirtschafts- und Europapolitik. Als Regionalpolitikerin, die in Paris lebt und national denkt, nimmt sie aktiv am politischen Tagesgeschäft teil, wird aber nicht mit den inneren Kämpfen der Partei und deren verkrusteten Strukturen in Verbindung gebracht. Pikanterweise ist Royal seit mehr als 25 Jahren mit François Hollande liiert, der als Vorsitzender der Sozialistischen Partei ebenfalls als Präsidentschaftsanwärter gilt.

Glauben Sie heute noch an die Werte, die Sie damals in die Politik geführt haben? Oder sind Sie damals nur in die Politik gegangen, weil Sie entdeckt wurden?

„Wie soll ich es zusammenfassen? Mein Leitgedanke ist das Prinzip der Tat. Seit meiner ersten Wahlkampagne vor 15 Jahren ist das mein Grundsatz bei der Ausübung meiner politischen Aufgaben. Sie wissen ja, ich musste immer die Balance zwischen Familien- und Berufsleben halten; ich konnte es mir nie erlauben, Zeit zu verlieren. Und weil Zeit für mich so kostbar ist, achte ich auch bei anderen darauf, dass effizient gehandelt wird. Die Wähler finden das gut. Eine repräsentative Umfrage, die im Januar in *Le Figaro* veröffentlicht wurde, zeigt es: Die Wähler erhoffen sich Fortschritte in der Bildung und im Lebensstandard. Und sie wollen nicht unbedingt, dass Politiker so tun, als ob sie wie Durchschnittsbürger leben. Die Bevölkerung lehnt Demagogie ab. Man muss die Ehrlichkeit haben, sich so zu geben wie man ist – und vor allem seine Arbeit machen.“

Um die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, hat die Regierung soeben beschlossen, den so genannten Contrat première embauche (CPE) einzuführen, dem zufolge Arbeitnehmer unter 26 Jahren zwei Jahre lang jederzeit ohne Angabe von Gründen entlassen werden können. Was halten Sie davon?

* Jeannette Villachica ist freie Journalistin und Übersetzerin, Informationen: www.jeannette-villachica.com, Kontakt: info@jeannette-villachica.com.

„Ich glaube, die Einführung des CPE ist eine ideologische Offensive. Die Botschaft, die ‘überkommt ist doch: Ihr müsst euch das Recht auf einen festen Job erst erarbeiten. Das ist durch nichts gerechtfertigt. 70 Prozent der jungen Leute haben heute bereits Zeitverträge; die Unternehmen, die befristet beschäftigen wollen, tun dies ohnehin. Warum soll man dafür sorgen, dass junge Menschen noch mehr in der Schwebeliegen als bisher? Die Regierung hofft natürlich darauf, dass durch diese Aktion die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten sinkt und sie vor den Wahlen gut dasteht. Was danach kommt, ist ihr egal.“

Die Rechte sagte dasselbe, als die Sozialisten im Jahr 2000 die 35-Stunden-Woche einführten.

„Aber das war nicht ein Jahr vor den Wahlen, sondern zu Beginn der Legislaturperiode. Es heißt immer, Flexibilität und unsichere Jobs, das sei eben Teil einer neuen Lebensart. Aber berufliche Unsicherheit hat immer zur Folge, dass die Leute unmotiviert werden. Wenn sogar die Führungskräfte reihenweise die Motivation verlieren, wie es in Frankreich der Fall ist, dann hat das schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft. Die Regierung behauptet, der CPE sei nötig wegen der internationalen Konkurrenz der Unternehmen. Aber schließlich handelt man nicht in allen Wirtschaftsbereichen auf internationaler Ebene. Gerade im Bereich Verwaltung und Dienstleistungen ist es eine Schande, wie stark Gehälter und Stellen gekürzt werden.“

Werden Sie, falls Sie französische Staatspräsidentin werden, die Gleichstellung der Frau weiter vorantreiben?

„Ja, natürlich. Auf Regionalebene habe ich die absolute Gleichstellung eingeführt. In Frankreich müssen – das ist gesetzlich geregelt – ebenso viele Frauen wie Männer für politische Ämter vorge-

schlagen werden. Wenn Sie sich die Regionen anschauen, ist das nicht immer der Fall. Nachdem ich die Verwaltung umstrukturiert habe, gibt es in meiner Region genauso viele weibliche wie männliche Vizepräsidenten, Kommissionspräsidenten und Amtsleiter. Es gab keinen Widerstand, selbst die Männer fanden das völlig normal. Dennoch sind längst nicht alle Vorurteile vom Tisch. Nie wird eine Frau vorgeschlagen, wenn jemand in ein internationales Gremium geschickt werden soll. Selbst wenn die Aufgabe in den Verantwortungsbereich einer Frau fällt, muss ich sie erst vorschlagen. Es sind die üblichen Zweifel: Sie ist zu schwach, sie traut sich nicht, das Wort zu ergreifen. Auch die Frau zweifelt daran, dass sie es schafft. Man hat es uns so eingetrichtert, wir fühlen uns grundsätzlich unterlegen. Wenn Frauen dieses Gefühl aber erst einmal überwunden haben, sind viele besser als die Männer.“

Kennen Sie selbst dieses Unterlegenheitsgefühl?

„Aber ja. Ich hatte auch so eine Phase in meinem Leben, und ich habe sie nicht vergessen. Ich habe ein Ohr für diejenigen, die sich so wenig zutrauen. Das Zuhören ist eine meiner Stärken. Ich habe schon oft gemerkt, was für einen Unterschied das während des Wahlkampfs macht. Ich kann mich anpassen, ohne mich zu verbiegen. Verstehen Sie, was ich meine? Sich in seiner Meinung nur ein paar Millimeter zu bewegen, nachdem man den Menschen zugehört hat. Auf der Suche nach der Wahrheit ist die Fähigkeit zuzuhören sehr wichtig, denke ich. Ich weiß schließlich nicht alles, aber die Menschen merken, dass ich Antennen habe, die erspüren, was derzeit in der Politik wichtig ist. Antennen, um gerecht zu handeln und um die Komplexität unserer Gesellschaft zu verstehen. Nicht nur Jugendliche sagen in der Öffentlichkeit häufig das Gegenteil von dem, was sie denken. So ist die Gesellschaft. Es gibt so viele Dinge zu enträtseln. Darauf kommt es heute an.“